

Information für Presse

Funk und Fernsehen vom 13. Juli 2018

Deutscher Bauernbund fordert deutliche Unterstützung wegen der katastrophalen Erntesituation

In einem offenen Brief an die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, und an die Ministerpräsidenten und Agrarminister der neuen Länder hat der Bauernbund die aktuelle Situation den politisch Verantwortlichen dargestellt und in einem 10-Punkte-Programm entsprechende Sofort-Maßnahmen und langfristige Korrekturen einer suboptimalen Agrarpolitik gefordert.

Das Erntejahr 2018 ist, wie zum Beispiel auch die Erntejahre 2003 und 1992, durch eine extreme Dürre gekennzeichnet.

Die fehlenden Niederschläge führen in allen landwirtschaftlichen Betrieben zu ernstern Existenzbedrohungen.

Es stellt sich aber 2018 die Frage, warum die regional zu verzeichnenden katastrophalen Ernteergebnisse die Betriebe in akute Existenznot bringen.

Eigentlich müssten Landwirtschaftsbetriebe, deren Betriebsleiter gelernt haben mit der Natur zu leben, in der Lage sein auch einmal "ein schlimmes Erntejahr" zu überstehen.

Seit 2012/13 ist zu verzeichnen, dass sich die Einkommenssituation in den Betrieben massiv verschlechtert hat und die Betriebe eben keinerlei Spielräume mehr besitzen, um solche Situationen zu meistern.

Sehr viele Betriebe leben schon jetzt von der Hand in den Mund und stehen mit dem Rücken an der Wand.

Das hat seine Ursachen in ständig fallende Erzeugerpreise bei gleichzeitigem massiven Anstieg der Produktionskosten.

- Die Landesregierungen müssen Notstandshilfen für die Betriebe ermöglichen, die mindestens einen Ernteverlust von 25 % zum 5-jährigen Mittel hinnehmen mussten.
- Zum Erreichen einer Vorbildwirkung müssen die Landverpachtungen durch die öffentlichen Hände (BVVG, Landgesellschaften, Kirchen) reduziert werden, Stundungen haben keine stabilisierenden Wirkungen.

- Die Gewährung von zusätzlichen zinsgestützten Krediten wird marginale Erfolge haben, weil in den Betrieben die Fremdkapitalbelastung schon unerträglich hoch ist. Entsprechend der Betroffenheit sind den Betrieben verlorene Zuschüsse zu gewähren.
- In Anlehnung an das bewährte Verfahren, z.B. während der Hochwasserhilfe, sollte Transportkapazität der Bundeswehr bei Bedarf bereitgestellt werden, um Futter aus den weniger betroffenen Regionen in die stark betroffenen Landwirtschaftsbetriebe zu transportieren.
- Grundsätzlich steht weiter in Diskussion die überfällige Einführung der steuerfreien Risikoausgleichsrücklage, damit die Betriebe in die Lage versetzt werden, auf genau solche Situationen zu reagieren.

„Viele Betriebe werden nach der Ernte finanziell so stark angeschlagen sein, dass sie für Avancen von Finanzspekulanten empfänglich sind.

Es handelt sich nicht um Investoren, sondern um Kapitalanleger, denen die Sicherung von flüssigem Finanzkapital in Grundstücke wichtiger ist, als die Rendite.

Die Landesregierungen müssen sofort alles unternehmen, damit diesen Spekulanten über das Agrarstrukturentwicklungsgesetz das Handwerk gelegt wird“, so Präsident Klamroth zu einem grundsätzlich agrarpolitischen Problem.

V.i.S.d.P.: Kurt-Henning Klamroth; Tel.: 0170-996 16 70
Annekatriin Valverde; Tel: 0173-4 38 25 35

Den vollständigen offenen Brief geben wir Ihnen anhängend.